

AntragstellerIn:

RCDS Freiburg

Antragsinhalt:

Der Studierendenrat möge beschließen,
dem §9 Abs. 3, Punkt 11 der Geschäftsordnung des Studierendenrats folgende
Ergänzung hinzuzufügen:

"

Wurde ein Tagesordnungspunkt bereits in einer der vorherigen Sitzungen vertagt, so
bedarf ein erneuter Vertagungsantrag der absoluten Mehrheit der anwesenden
Mitglieder des Studierendenrats. Gleiches gilt für eine Vertagung, die um mehr als eine
Sitzung erfolgen soll. Dies gilt nicht, sofern die Person bzw. Organisation, welche den
Antrag stellt, selbst nicht persönlich anwesend ist, oder eine Person für ein Amt zu
wählen ist, die selbst nicht persönlich anwesend ist.

"

Begründung:

Die Geschäftsordnung unterscheidet klar zwischen Nichtbefassungs- und
Vertagungsanträgen.

Vertagungsanträge sind ein wichtiges Mittel für Situationen, in denen für einen
Tagesordnungspunkt wesentliche Aspekte noch zu klären sind und eine momentane
Befassung wenig sinnvoll wäre. Da der Antrag dann weiterhin in der nächsten Sitzung
behandelt wird, hat eine Vertagung keine so weitreichenden Konsequenzen wie ein
Nichtbefassungsantrag. Daher muss ein Vertagungsantrag deutlich geringere
Mehrheitsanforderungen erfüllen.

Allerdings zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit, dass Vertagungsanträge de facto
wie Nichtbefassungsanträge gebraucht werden können, indem ein Antrag fortlaufend
vertagt wird, ohne dafür jedoch eine absolute Mehrheit zu benötigen.

Sofern sich nur genug der Stimmberechtigten enthalten ist es leicht, Vertagungsanträge
zu wenig sinnvollen Zwecken zu missbrauchen. Dies ist nicht im Sinne eines fairen und
partizipativen Miteinanders. Sofern jemand nach einer Vertagung -außerhalb der oben
geregelter Ausnahmefälle, in denen ohne die persönliche Anwesenheit einer Person
eine Befassung wenig zielführend ist- sich erneut nicht im Stande sieht, sich mit dem

Antrag zu befassen, braucht dies einen außerordentlich gewichtigen Grund. Dem soll durch höhere Stimmanforderungen Rechnung getragen werden.

Hinweis:

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter*innen“ statt „Mitarbeiter“).